



Rechtsausschuss

14. Sitzung (öffentlicher Teil*)

22. Juni 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:30 Uhr bis 15:45 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Stefan Ernst, Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung

7

Gegen den Wunsch der antragstellenden Fraktionen, den auf der Tagesordnung unter 2. vorgesehenen Punkt

NRW schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt

Antrag

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/1196

heute nicht zu behandeln, erhebt sich kein Widerspruch.

Als neuen Punkt 2 nimmt der Ausschuss in die Tagesordnung auf:

Beschluss des Rechtsausschusses nach § 6 der Ver-
schluss-sachen-ordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen
(s. Anlage)

* vertr. Teil mit TOP 8 s. vAPr 15/20

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, den als TOP 8 ausgewiesenen Punkt – Stichwort: „Sicherungsverwahrte-Aufnahmegesetz Nordrhein-Westfalen“ – aufzurufen, sobald das Votum des mitberatenden Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration vorliegt, erhebt sich kein Widerspruch.

Kein Widerspruch erhebt sich auch gegen die Absicht des Vorsitzenden, den als TOP 6 auf der Einladung vorgesehenen Punkt – Stichwort: „Ghetto-Rentenverfahren“ – als TOP 8 aufzurufen, da hierzu ein vertraulicher Teil zu erwarten ist.

1 Zwangsouting in nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten beenden und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung stärken! (s. Anlage)

8

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache15/1324

– Zuziehung von Sachverständigen –

Der Ausschuss hört hierzu die in der folgenden Tabelle aufgeführten Sachverständigen an.

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen	Seiten
JVA Werl	Hermann-Josef Bausch-Hölterhoff, Anstaltsarzt	15/687	8, 49
Ärzttekammer Nordrhein/ Ärzttekammer Westfalen-Lippe	Dr. Claudia Kramer-Cannon		10, 48
Deutsche AIDS-Hilfe e. V.	Bärbel Knorr	15/665 15/689	11, 47
AIDS-Hilfe NRW e. V.	Rüdiger Wächter	15/667 – Neu- druck -	12, 46
AIDS-Hilfe Düsseldorf e. V.	Angelika Rhouzzal		13, 45, 53
Institut für Suchtforschung, FH Frankfurt am Main	Prof. Dr. Heino Stöver	15/726	14, 43

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen	Seiten
Justizvollzugsbeauftragter des Landes Nordrhein-Westfalen	Prof. Dr. jur. Michael Walter	15/599	16, 41
JVA Werl, Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands, Landesverband NRW e. V.	Guido Schäferhoff	15/688	18, 40
ver.di NRW, Vorsitzende der ver.di-Landesfachkommission Justizvollzug NRW	Gertrud Schiewe	15/690	20, 38
JVA Werl, LAG Gehobener Sozialdienst im Justizvollzug NRW	Claudia Pastoor	15/691	22, 37
Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen	Ulrich Lepper		23, 36
	Jacob Hösl, Rechtsanwalt Köln	15/666	27, 33

2 Beschluss des Rechtsausschusses nach § 6 der Verschluss-sachenordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen (s. Anlage)

54

Diskussion

Der Ausschuss fasst mit den Stimmen aller Fraktionen den als Anlage beigefügten Beschluss.

- 3 Gesetz über die vorübergehende Aufnahme ehemaliger Sicherungsverwahrter in Einrichtungen des Justizvollzuges des Landes Nordrhein-Westfalen (Sicherungsverwahrte-Aufnahmegesetz – SVAufnG NRW) 63**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1438

Ausschussprotokoll 15/218

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Diskussion

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und Linken zu.

- 4 Einführung eines zentralen, bundesweiten elektronischen Registers zur Erfassung aller Gewerbetreibenden 66**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1693

– abschließende Beratung –

Diskussion

Auf Anregung von Harald Giebels (CDU) verzichtet der Ausschuss einvernehmlich auf ein Votum.

- 5 Entwicklung der Belegungssituation in den Justizvollzugs- und Jugendarrestanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s. Anlage) 68**

Vorlage 15/695

(keine Diskussion)

- 6 Erprobung und Einbau sogenannter Mobilfunkblocker in NRW-Justizvollzugsanstalten (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s. Anlage) 69**

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, den Punkt in die nächste Sitzung zu vertagen, erhebt sich kein Widerspruch.

- 7 Aus Sicherungsverwahrung entlassener Sexualstraftäter bezieht Hotelzimmer in der Nähe von Schule und Kindergarten** (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage) **70**

Vorlage 15/696

Der Ausschuss vertagt diesen Punkt auf die nächste Sitzung.

- 8 Zuständigkeit für sogenannte „Ghetto-Rentenverfahren“ am Landessozialgericht in Essen – Fall des Richters v. R.** (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s. 3 Anlagen) **71**

vertr. Vorlage 15/14

Bericht des Justizministers

Diskussion

* * *